

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad.

Nummer 90

Wildbad, Mittwoch, den 21. April 1920.

54. Jahrgang

Verhandlungen mit Rußland.

Der russische Wirtschaftsdiktator Ingenieur Krassin weiß im Auftrag der Sowjetregierung Westeuropa und wird vermutlich demnächst auch Berlin aufsuchen. Diese Reise bedeutet den ersten ernsthaften Schritt der Annäherung von Handelsbeziehungen zwischen Europa und dem östlichen Reich des Ostens.

Seit der bolschewistische Beauftragte Litwinoff in Kopenhagen mit England zu verhandeln begann, hat sich vieles verändert. Litwinoff wurde unter äußerster Vorsicht auf einem englischen Kriegsschiff nach Kopenhagen gebracht und dort stark bewacht. Wegen dieser gestrichelten „Diplomaten“ haben sowohl die dänische Regierung wie die englischen Unterhändler großes Misstrauen. Ganz anders wird Krassin empfangen: Finnland gestattete seine und seiner zahlreichen Begleitern Durchreise, in Stockholm begrüßte man ihn mit Blumen. Von Stockholm reiste er nach Kopenhagen, wo ihn eine englische und eine französische Kommission erwarteten.

Dieser Unterschied bei der Aufnahme des russischen Bevollmächtigten bedeutet eine endgültige Umstellung der Auffassung Europas über Rußland. Die bolschewistische Regierung hat Ernst gemacht mit der völligen Ablehnung des Kommunismus in wirtschaftlicher Beziehung. Krassin vertritt den Standpunkt, der Bolschewismus habe in Rußland keine Aussichten mehr, die soziale Revolution durchzuführen, und müsse daher endgültig aufgegeben werden. An seine Stelle müsse ein Programm des Wiederaufbaus treten, das nur auf Arbeit, Disziplin und Ordnung eingestellt ist, einerlei ob die Maßnahmen „kapitalistischer“ Art sind oder nicht. Krassin war der Mann dazu, die andern Kommissare zu seiner Ansicht zu belehren und seitdem sind die Verkehrsrate abgehandelt, die Arbeitszeit ausgebaut, das Taylor- und Prämiensystem eingeführt und das ganze Werk des Aufbaus mit der Militarisierung der Arbeiterschaft und dem Zwang zur Arbeit gekrönt worden. Mit diesem Rußland kann Europa Beziehungen haben, unterlei, wie es sich nennt. Die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit dem Reich der Kohlenstoffe eine Lebensfrage für den Weltmarkt — und für Rußland und seine derzeitige Regierung. Denn es ist klar, diese das größte Interesse hat für das Halten ihres ruhmredig verkündeten Wirtschaftsplans der künftigen Sozialisierungen, um dem russischen Volk möglichst verbesserte Lebensbedingungen zu schaffen und die entsetzlichen, selbstverschuldeten Not zu steuern.

Vom politischen Leben hat Krassin sich seit langer Zeit zurückgezogen und ist reiner Wirtschaftspolitiker. Als er hat er früher als seine ehemaligen Parteigenossen die Unmöglichkeit des Kommunismus eingesehen. Was Krassin in Stockholm den Pressevertretern mitgeteilt hat, ist, wie überlegt seine Vorschläge sind. Er hat es unterlassen, von den russischen Kohlenstoffen zu schwärmen, sondern vielmehr auf die Schwierigkeit der Erfassung und des Transports in die Häfen gesprochen. Er schlägt Bahnen in Gold, das reichlich vorhanden sein soll, vor, und will Rußland Kredite beschaffen. Er verbürgt sich dafür, daß die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen einhalten wird. Außerdem will er großzügige Vorschläge der Konzessionserteilung an ausländische Unternehmungen zur Ausbeute der Waldbestände und des Baues von Eisenbahnen machen. Als Voraussetzung der Handelsbeziehungen bezeichnet er die Anerkennung des Sowjetstaats mit seiner sozialistischen Verfassung.

Krassins Persönlichkeit und seine Pläne lassen die Hoffnung aufkommen, daß die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland auch für Deutschland in greifbarer Nähe gerückt ist.

Neues vom Tage.

Austausch der Kriegsgefangenen.

Berlin, 20. April. Das nunmehr unterzeichnete deutsch-russische Abkommen über den Austausch der Kriegsgefangenen bestimmt, daß nur diejenigen Gefangenen abtransportiert werden, die die Heimkehr wünschen. In Berlin und Moskau sollen Fürsorgestellen errichtet werden. Die Reichsregierung hat die für den Abtransport erforderlichen sehr beträchtlichen Mittel be-

reitgestellt. In Deutschland befinden sich noch 190 000 Russen, in Rußland angeblich nur noch 20 000 Deutsche. Eine gemeinschaftliche Kommission prüft in Reval die Abbestimmungsmöglichkeit zur See.

Die Auslieferung Kapps verlangt.

Berlin, 20. April. Das Reichskabinett hat am Sonntag von der schwedischen Regierung die Auslieferung Kapps verlangt.

Wie aus Stockholm berichtet wird, erklärte der schwedische Ministerpräsident Branting, daß das Freitattrecht auch Kapp gegenüber aufrechterhalten werde. Kapp soll demnächst aus der Haft entlassen werden. Nach der „Post. Ztg.“ hat Kapp sich nach dem Zutritt einige Zeit in Berlin verborgen gehalten und ist dann von einem Fliegerleutnant nach Schweden geführt worden.

Aus Kopenhagen wird berichtet, es sei nicht ausgeschlossen, daß zwischen Schweden und Deutschland ein Meinungsaustrausch über die Möglichkeit der Auslieferung Kapps stattfinden werde.

Die Koalitionsfrage.

Berlin, 20. April. Nach der „Germania“ ist der Reichsausschuß der Zentrumsparlei einig, daß die Fraktion volle Entscheidungsfreiheit bezüglich einer künftigen Koalition sich vorbehalten, die vom Anfall der Wahlen abhängt und von der Möglichkeit, ein Programm zustande zu bringen, auf das die drei seitherigen Koalitionsparteien sich eignen können.

Berlin, 20. April. Die „Freiheit“ veröffentlicht den Wahlausruf der Unabhängigen soz. Partei. Er enthält fast genau die acht Punkte der Gewerkschaften und die Versicherung, es sei eine geschichtliche Notwendigkeit, daß das Proletariat die Macht ergreife.

Generalkstreik in Lothringen.

Strasbourg, 20. April. Wie die „Presse Libre“ mitteilt, sind die Verhandlungen zwischen den Industriellen und den Arbeitern in Lothringen ergebnislos verlaufen, weshalb der Generalkstreik beschlossen wurde.

Keine Mairfeier der Bolschewisten.

Moskau, 20. April. Lenin hat befohlen, daß am 1. Mai in Sowjet-Rußland mindestens 6 Stunden lang gearbeitet werden muß.

London, 20. April. Bonar Law erklärte im Unterhaus, von Greneln, die die deutschen Truppen im Ruhrgebiet angeblich verübt haben sollen, sei nichts bekannt. Es liege auch kein Grund vor, wegen eines reaktionären Putzches in Berlin Schritte zu tun.

— Die Landtagswahl in Württemberg wird nach amtlicher Mitteilung wahrscheinlich mit den Reichstagswahlen vorgenommen werden.

— Esperanto in Rußland. Nach der „Pravda“ hat die Sowjetregierung die Esperanto (Welt-)Sprache als Unterrichtsgegenstand in allen öffentlichen Schulen Sowjet-Rußlands angeordnet.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 20. April. Auf Anfrage Deglerk (D.nat. Sp.) wegen der Vollmachten des Reichskommissars in Breslau, des Arztes Kobisch, wird regierungsfest geantwortet, daß die Ernennung auf Grund der Befassung erfolgt sei. Es soll untersucht werden, ob der Kommissar seine Vollmachten überschritten habe. Uebrigens sei seine Vollmacht inzwischen erloschen. (Kobisch hatte auf die Forderungen der Eisenbahngewerkschaften eine Anzahl von Eisenbahnbeamten, ohne sie zu hören, außer Dienst setzen lassen, weil sie angeblich zu Kapp hielten.)

Auf Anfrage Dr. Mumm (D.nat. Sp.) wegen der Heimkehrer aus Ostibirien wird regierungsfest geantwortet, daß ungewöhnliche Schwierigkeiten und politische Wirren in Sibirien die Bemühungen der Regierung bisher durchkreuzt haben. In den nächsten Tagen werde wieder ein Transport Heimkehrer Sibirien verlassen. 150 Millionen seien bisher für die Transporte ausgegeben worden. Für genügenden Schiffsraum sei gesorgt. Ein Teil der Gefangenen müsse über Sowjetrußland kommen.

Auf Anfrage des Abg. v. Gräfe (D.nat. Sp.) wegen Erschießung des Grafen Kalmien wurde regierungsfest geantwortet, daß deutschseits überhaupt nicht geschossen worden sei. Die Bestrafung der französischen Schuldigen sei von der französischen Regierung durch eine Note gefordert worden. Das ausführliche Material werde der französischen Regierung übermittelt werden.

Auf Anfrage Ertelens (D.nat. Sp.) wegen der Protovollendung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird regierungsfest geantwortet, daß neuerdings große Mengen Getreide dem Gebiet zugeführt werden konnten. Die Wochenernte habe wieder die Höhe erreicht, die es vor den Unruhen hatte.

Die Vergewaltigung von Eupen und Malmédy.
Es folgt die Interpellation betreffend die Kreise Eupen und Malmédy, gestellt von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen.

Abg. Meerfeld (S.): Ein Teil unseres Volkes soll vergewaltigt werden. Die Alliierten machen die feierlichen Versprechen der Selbstbestimmung zu einer Lächerlichkeit. Die belgischen Behörden arbeiten mit den größten Bedrohungen gegen die treudeutsche Bevölkerung. Die Bahn im Kreise Mönchau wird von den Belgiern beansprucht, womit rein deutsche Gebietsteile verlangt würden und womit zugleich die Wasserversorgung des Kreises Nachen gefährdet würde. Gegen diesen Rechts- und Vertragsbruch der belgischen Behörden muß die Nationalversammlung und die Regierung einschreiten. Eupen hat nur 70 belgische Einwohner, Malmédy ist zu über zwei Dritteln deutsch.

Reichsminister des Innern Koester: Wenn es etwas gibt was über die Parteien hinaus zum Zusammenbruch aller Parteien geeignet ist, dann ist es der Blick auf die Kämpfe, die unseren deutschen Brüdern an der Grenze aufgetragen worden sind. Alle diese Bestimmungen können wir vielleicht mit dem Kopf, niemals aber mit dem Herzen anerkennen. In den Kreisen Eupen und Malmédy ist die Lage äußerst ernst. Die Erregung greift auf die benachbarten Gebiete über. Beide Kreise sind deutsch und wirtschaftlich aufs engste mit Deutschland verbunden. Auch in Belgien hat man vor dem Waffenstillstand nie an eine Annexion der Kreise gedacht. Das deutsche Sprachgebiet erstreckt sich über die Kreise weit nach Belgien hinein. Die Wallonen Malmédys marschieren in der Arme zu Deutschland an der Spitze. Die Belgier wollen die Kreise zu einem belgischen Hoch-Lotringer Stempeln. Listen liegen nur in den beiden Städten Eupen und Malmédy auf. Den für Deutschland Stimmdenden werden die Lebensmittelkarten entzogen. Die deutsche Regierung hat Schaffen Protest erhoben.

Präsident Fehrenbach: Ich stelle fest, daß das Haus einmütig hinter der Begründung und der Beantwortung der Interpellation steht; (Zurufe bei den U.S.P.: Hinter der Beantwortung nicht) aber der größte Teil des Hauses. Wir sprechen den Brüdern in der Westmark unsere wärmste Sympathie aus.

Der Schutz der Parlamentsgebäude.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzes über die Beschützung der Gebäude des Reichstags und der Landtage.

Abg. Koentz (U.S.P.): Meine Partei verwirft dieses Gesetz.
Abg. Krüger (S.): Das Parlament muß geschützt werden gegen Gewaltakte der Massen.

Das Gesetz wird auch in 2. Lesung erledigt.

Die Erhöhung der Posttarife.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes betreffend Telegraphen- und Fernsprechtarife in Verbindung mit dem Gesetz betreffend die Postgebühren und das bayerische und württembergische Postgesetz.

Reichspostminister Giesberts: Die Verhältnisse haben sich so ungünstig entwickelt, insbesondere hat unsere Valuta sich so verschlechtert, daß die letzte Erhöhung der Gebühren nicht mehr ausreicht. Das Defizit ist auf 1344 Millionen geschlagen. Für 1920 ist ein Fehlbetrag von 380 Millionen veranschlagt. Zwischen haben die Forderungen der Eisenbahner ihre Rückwirkung auf die Reichspostverwaltung g. Abt. Werden diese Forderungen bewilligt, so wächst das Defizit auf 1450 Millionen. Sparmaßnahmen und Sozialpolitik widersprechen sich manchmal. Das Reklamewesen soll im großen Maßstab und in eigener Regie ausgeübt werden. Sehr umstritten ist die Abgabe von 1000 Mark der Fernsprechtarifen an die Postverwaltung. Es muß aber beachtet werden, daß während des ganzen Kriegs keine Reparaturen gemacht werden konnten. Die Übernahme der bayerischen und württembergischen Posten ist ohne größere Schwierigkeiten bewerkstelligt worden.
Die Gesetze werden an die Ausschüsse verwiesen.

Auch keine Ortswehren.

Paris, 20. April. Das verbreitet halbamtlich, die französische Regierung betrachte die aus organisierten Arbeitern und Angestellten zu bildenden Ortswehren in Deutschland, die an die Stelle der Einwohnerwehren treten sollen, als eine „schwere Verletzung des Friedensvertrags“, die zu schärfsten Maßnahmen gegen Deutschland führen würde. Die Entlassung Deutschlands bedeute nach dem Friedensvertrag, daß niemand Waffen führen dürfe als die zugehörenden 100 000 Mann der Reichswehr. — Nach dem „Journal des Débats“ machte die Uebervachungskommission darauf aufmerksam, daß Deutschland im Begriff stehe, durch die Errichtung von Ortswehren wesentlich eine neue schwere Vertragsverletzung zu begehen.

Kriegsminister Lefevre erklärte dem Pariser Vertreter der Londoner „Morning Post“, nur wenn man Deutschland völlig entwaffne oder allgemein abrüste, sei es möglich, neue Kriegsgesfahren zu vermeiden. Die Rüstungen Amerikas machen aber die Abrüstung unmöglich. Es gebe aber noch ein anderes Mittel, Deutschland zu verhindern, daß es wieder Krieg anfangen, indem man sich nämlich der Kohlengruben des Ruhrgebiets bemächtigt.

Das Ende der Einwohnerwehren.

Berlin, 19. April. Die deutsche Regierung hat den Vorsitzenden der Uebersichtskommission in Kenntnis gesetzt, daß sie, dem Druck der Verbündeten weichen, die Einwohnerwehren aufgehoben habe, obgleich diese den Bestimmungen des Friedensvertrags nicht zuwider gewesen seien und zweifellos viel dazu beigetragen haben, die Ordnung im Reich aufrechtzuerhalten und bei den letzten Unruhen große Vermögenswerte zu retten. Es werde begründet werden, wenn Einrichtungen weiterhin zugelassen werden, die diesem Zweck dienen, wobei die Eigenart des örtlichen Schutzes gewahrt und jede militärische Ausgestaltung und Ausbildung vermieden werden sollte.

Aufhebung der Schutzgehalte in Schleswig.

Berlin, 19. April. Die preussische Regierung beschloß, alle für Nordschleswig geltenden Gesetze und Verordnungen, die früher zum Schutz des Deutschtums gegen die Dänen in Schleswig erlassen worden waren, sowie solche Maßnahmen, die gegen Reichsangehörige dänischer Gesinnung gerichtet waren, aufzuheben. Die im Reichsgebiet verbleibenden Dänen erhalten weitestgehenden Schutz, namentlich hinsichtlich ihrer Abstammung.

Danzig polnischer Kriegshafen.

Warschau, 19. April. In den Besprechungen polnischer Minister mit dem englischen Residenten Tower bezüglich des deutsch-polnischen Abkommens wurde auch die Frage der Verteilung des deutschen Staatsguts zwischen Polen und Danzig erörtert. Die polnische Regierung soll in Paris Schritte unternehmen, um zu einer raschen Entscheidung zu gelangen. Man erwägt die Umgestaltung und Aufhebung der Sicherheitswehre. Tower teilt die Ansicht der polnischen Regierung, daß Danzig ein bedeutender Hafen Polens werden müsse, als Handels- und als Kriegshafen.

Die Konferenz von San Remo.

San Remo, 19. April. Ministerpräsident Nitti ist in Begleitung des Ministers des Innern, Scialoja, hier eingetroffen und hatte eine Besprechung mit Millerand. Der amerikanische Botschafter Underwood Johnson erklärte, er sei nur vorübergehend in San Remo anwesend und er werde sich nicht an den Beratungen beteiligen.

Paris, 19. April. Die Abordnung der Südslaven ist noch nicht in San Remo eingetroffen, angeblich weil der serbische Führer Basitsch erkrankt sein soll.

Millerand erklärte, Frankreich werde gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund Widerspruch erheben, solange die Wiedergutmachung nicht ausgeführt sei.

Der „Pariser Matin“ schreibt, England werde auf der Konferenz für Deutschland bestimmte Fristen vorschlagen, innerhalb deren es die Einwohnerwehren auflösen und die Waffen ausliefern müsse. Aber auch die Verbündeten müssen verpflichtet werden, sich an diese Fristen zu halten und keinesfalls auf eigene Faust vorzugehen.

Paris, 19. April. Nach einer Meldung aus Saloniki ist dort eine französische Gesellschaft zur wirtschaftlichen Ausbeutung Mazedoniens gegründet worden.

Die englische Nahrungsmittelverre.

Paris, 19. April. Die Pariser Blätter sind teilweise unzufrieden, daß England als Zwangsmittel gegen Deutschland „nur“ die Erneuerung der Hungerblockade zulassen will, was auf der Konferenz von San Remo festgelegt werden soll. Die Blätter meinen, das Mittel werde nicht wirksam genug sein.

Der teure Völkerbund.

Christiania, 19. April. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf eingereicht, wodurch ein Kredit von 232 Millionen Kronen verlangt wird als Anteil Norwegens an den Verwaltungskosten des Völkerbunds bis zum 31. März 1921. Die Regierung wird das Völkerbundsekretariat benachrichtigen, daß nach ihrer Ansicht die Beschließung dieser Kredite Aufgabe der Generalversammlung des Völkerbunds sei.

Streik der belgischen Beamten.

Brüssel, 19. April. Der Landesverband der Staatsbeamten hat grundsätzlich beschlossen, zum Protest gegen das Glend am 1. Mai 24 Stunden zu streiken.

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

(Fortsetzung.)

„Weiter!“ sagt er trocken, indem er auch dieses Bild auf den Tisch legt.

„Als mein Klient die Gewißheit erhalten hatte, daß das Kind seiner verstorbenen Tochter lebt,“ fährt der Justizrat eifrig fort, „machte er ein Testament, in dem er es, entgegen seinen früheren Bestimmungen, zu seiner Universalerbin einsetzte. Gern hätte er es noch vor seinem Ableben gesehen; aber der Tod kam rascher als gedacht. In letzter Stunde hat er eine entfernte Verwandte und frühere Freundin seiner verstorbenen Tochter, die Gräfin Klothilde von und zu Lüttinghausen, sich der Waise anzunehmen.“

Sie versprach es. Und nun bin ich hier, um Fräulein Liane Arevallo abzuholen.“

Bedächtig schüttelt Karl Heinzluis seine Pfeife aus. Noch immer erscheint er völlig ruhig und ungerührt.

„Hm! ... Wollen sehen, was das Mädchen dazu sagt!“

Justizrat Mertens steht auf.

„Sie werden die junge Dame doch nicht in irgend einer Weise beeinflussen?“

„Nein.“

„Ihr Wort darauf?“

„Ich habe bereits gesagt: nein!“

„Also gut! Führen Sie mich zu ihr!“

Gerade in diesem Augenblick knallt draußen ein Schuß — in nächster Nähe der Hütte. Justizrat Mertens fährt zusammen und blickt sich ängstlich um.

Karl wirft einen Blick zum Fenster hinaus und

Dem „Peuple“ zufolge hat der Eisenbahnminister den 1. Mai als Feiertag bestimmt.

Die Manufaktur des Bolschewismus.

Stockholm, 19. April. „Stockholms Tidningen“ erzählt, daß sich 6000 schwedische Metallarbeiter bereit erklärt haben, in Rußland Arbeit zu nehmen.

Das Blatt „Swoboda Rossii“ verbreitet die Nachricht, daß alle außerordentlichen Untersuchungskommissionen, Kriegsgerichte und Revolutionsgerichte in Rußland aufgehoben werden sollen.

Kopenhagen, 19. April. Nach dem Bolschewistenblatt „Pravda“ forderte die englische Regierung die Sowjetregierung auf, nach der Besiegung des Generals Denikin die Feindseligkeiten in Südrußland einzustellen. Tschitscherin erklärte in seiner Antwort, nach der Niederlage Denikins haben die Verpflichtungen Englands gegen das zaristische Rußland aufgehört. Zwischen Rußland und England müssen neue Beziehungen angeknüpft werden.

Der Streit in Amerika beendet.

Newyork, 19. April. Die Arbeiter haben nach der Freistellung durch die Betriebsgesellschaften fast überall die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen zugeagt war, daß keine Maßregelungen wegen des Streiks stattfinden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 19. April. Die Franzosen begannen das Gebiet um Frankfurt langsam zu räumen.

Strasbourg, 19. April. Das „Schweizer Volksblatt“ berichtet, das Verhältnis der elsässischen Rekruten zu den französischen „Kameraden“ sei so gefährdend, daß beide Parteien in getrennten Kasernen untergebracht wurden. Die Elsässer dürfen nicht mehr mit Waffen aus der Kaserne gehen.

Breslau, 19. April. Die Erregung über das gewalttätige Auftreten der Franzosen in Oberschlesien, die sich dort als die unumschränkten Herren aufspielen, hält an. Die Streikleitung der Zementarbeiter, die zum Protest gegen die Mißhandlung von Arbeitern durch Franzosen die Arbeit niedergelegt haben, erläßt die Aufforderung, im Streik auszuharren. Heute werden die Grubenarbeiter und die kaufmännischen Angestellten über den Streit beraten. Die französische Besatzungsbehörde drohte, wenn die Eisenbahner streiken, werden sofort polnische Truppen herangezogen, die in großer Zahl an der Grenze stehen. Der polnische Mittelstand hat sich auf die Seite der Deutschen gestellt. Der französische Kommandant hat die Offiziere veranlaßt, sich wegen der Mißhandlung der Arbeiter zu entschuldigen; jeder Mißhandelte erhält ein Schmerzensgeld von 1000 bis 3000 Mark.

In 10 ober-schlesischen Städten wurde in Versammlungen der Gewerkschafts- und Beamtenverbände beschlossen, daß die gewählten Betriebsräte trotz des Verbots der Besatzungsbehörden ihre Obliegenheiten ausüben sollen.

Kapp wird nicht ausgeliefert.

Stockholm, 19. April. Ein hervorragender Jurist erklärte, daß der verhaftete Generallandschaftsdirektor Kapp nach schwedischem Gesetz nicht ausgeliefert werden könne.

Holz verhaftet.

Eger (Böhmen), 19. April. Der Verbrecher Holz ist in Marzenbad mit einem Kommunisten namens Weber verhaftet worden. Bei Holz wurden noch 130 000 Mark gefunden. Er verweigerte jede Auskunft, die er erst vor dem Gericht in Prag geben wollte.

Die Sinn-Feiner.

London-Derry, 19. April. Am Samstag abend wurden die Soldaten in der Gendarmrie-Kaserne überfallen. Die zu Hilfe herbeigeeilten Polizeibeamten wurden mit Maschinengewehrfeuer empfangen. Eine Anzahl Soldaten und Polizeibeamte, sowie neun Zivilpersonen wurden verletzt ins Spital übergeführt.

London, 19. April. Der Postzug Coel-Baltimore (Irland) wurde gestern von 50 Bewaffneten und maskierten Männern angehalten, die einen Teil der Briefpost wegnahmen.

Vermischtes.

Massenmord in Effen.

Zu den größtenteils Untaten, die die spartakistischen Banden bei ihrem Einzug in die Stadt Effen verübt haben, gehört der Massenmord am Wasserturm. Es wird darüber jetzt folgendes bekannt:

Die Besatzung des Wasserturms bestand aus etwa 50 Mann, die unter dem Kommando des Bergassessors Fortmann stand. Kurz nach Mittag waren rote Banden in das Rathaus eingedrungen, während auf dem Rathaus die Uebergabeverhandlungen mit dem Lehrer Stemmer, dem Beauftragten der Spartakisten, gepflogen wurden. Es steht nun einwandfrei fest, daß die Verteidigung des Wasserturms nach dem Einzug der Revolutionäre noch ohne Nachrichten von der Uebergabe der Stadt war. Nachmittags um 4 Uhr erschien der Beigeordnete Barerius am Wasserturm mit der Roten-Kreuz-Flagge in der Hand, um die Mannschaften von der Uebergabe der Stadt zu benachrichtigen und die Uebergabe des Wasserturms nahezu legen.

Während der Verhandlungen vor dem Tor des Wasserturms mit dem Stadtkriegsleiter Vothhof, der zum Besatzung zählte und im Schutze der weißen Flagge stand, drängten die revolutionären Truppen plötzlich durch das Tor der Einlieferung und kletterten den Wasserturm. Die überraschte Besatzung hatte bereits die Waffen abgelegt und die Räder ausgezogen. Als die Rotgardisten angehäuft kamen, traten ihnen die Besatzungsmannschaften halb entkleidet mit hochgehobenen Armen am Eingange entgegen. Nun begann ein entsetzliches Morden.

Wilden Tieren gleich warfen sich die Spartakisten auf die wehrlosen Leute, stachen mit Messern und Dolchen auf sie ein, schlugen sie mit Gewehrkolben tot oder schossen sie mit dem Revolver nieder. Selbst die am Boden röhelnden Schwerverwundeten und die Leichen wurden mit dem Kolben oder mit Fuhrtritten bearbeitet. Mehreren Opfern war der Schädel gespalten, anderen die Schädeldecke abgerissen oder der Kopf bis zur Unkenntlichkeit verhämmert. Junge Burschen warfen die Gewehre fort, saßen Dold und Messer und stachen wie mahnlos auf ihre Opfer los. Ein 17 Jahre alter Rotgardist nach unausgesetzt mit dem Messer auf einen Sicherheitsmann ein, der nur mit Hülfe und Hilfe befreit, mit erhobenen Armen vor ihm stand. Drei Messerstücke hatte der Wehrlose in die Herzgegend erhalten. Immer noch hob er mühsam die Arme hoch. Dann stürzte er zu Boden. Ein Stich in das Herz hatte ihn tödlich getroffen.

Während die ersten heftigen Ereignisse waren die Fenster der gegenüberliegenden Häuser mit Zuschauern dicht besetzt. Auch auf der Straße hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, die Zuschauer der Gräueltaten war. Die Menge schrie vor Entsetzen. In etwa 10 Minuten lag die gesamte Besatzung hin- gemordet vor dem Wasserturm, nur drei Mann entgingen dem grausigen Verhängnis. Als die Spartakisten kein lebendes Wesen mehr antrafen, schritten sie über die Leichen hinweg und zogen unter Flüchen und Verwünschungen auf die Ermordeten von dannen.

Wissenschaftl. Im Orabronner „Vaterlandsfreund“ erläßt ein Handwerksmann aus dem „Vater“ folgende Anzeige: „Komm entgegen! Ich empfehle mich den evangelischen und katholischen Kirchen sowohl den außerirdischen Gemeinschaften, auch den jüdischen Synagogen zum Predigen für Christus den Gekreuzigten sowohl nur als Prediger als auch längere Zeit. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Off. 3. 20. Ich sehe Aufträgen entgegen.“

Reisestreck. Am Samstag traten in Berlin 30 000 Angestellte des Gastwirtsberufes in den Ausstand. Im Lauf des Tags wurden 10 000 die verschiedenen Forderungen zugestanden, trotzdem ruht in vielen Gasthöfen und Gastwirtschaften der Betrieb noch.

Dampfer verbrannt. Der neue französische Dampfer „Barre“ (1500 Tonnen) geriet im Hafen von Hallgag (Kanada) in Brand. Der Schaden wird auf ungefähr 400 000 Dollar geschätzt.

Württemberg.

Stuttgart, 19. April. (Landwirtschaftskammer.) Am Mittwoch, den 28. April, nachmittags 3 Uhr, findet im Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer die Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer statt.

Stuttgart, 19. April. (Protest der Ärzte.) Die außerordentliche Versammlung des Eßlinger Delegiertenverbands der württ. Ärzte beschloß, wenn die geplante Ausbehnung der Krankenversicherungspflicht auf Diebstahlsvergehen bis 20 000 M. nicht zurückgezogen werde, sollen der Leipziger Verband und der Deutsche Ärztevereinsbund angefordert werden, den Ärztestreik einzuleiten.

Stuttgart, 19. April. (Lohnbewegung.) Die Angestelltenverbände von Industrie und Handel haben infolge der weiteren Preissteigerungen eine neue Tarif-erhöhung verlangt. Das Angebot der Arbeitgeber, die Tarifmindstgehälter um 120 Prozent zu erhöhen, wurde abgelehnt. Die Angestellten wollen mit den Facharbeitern mindestens gleichgestellt werden mit Rückwirkung bis 1. März.

Ludwigsburg, 19. April. (Rücktritt vom Amt.)

dann auf den kleinen, korpuslenten Mann, dem der Ehrentitel in die Glieder gefahren zu sein scheint; denn er ist auf einen Stuhl gesunken und fährt sich mit dem Taschentuch über die Stirn. Und etwas wie Spott zuckt über die kräftigen Jüge des Goldgräbers.

„Noch eins!“ wirft er scheinbar ruhig hin, indem er sich langsam zur Tür bewegt. „Wann beabsichtigen Sie, das Mädchen mit sich zu nehmen?“

„Natürlich so bald wie irgend möglich!“ lautet die etwas hochmütige Erwiderung; denn dem Justizrat ist der Spott in den Augen des „groben Gefellen“, wie er der Goldgräber im stillen nennt, nicht entgangen.

„Mit dem nächsten Schiff schon!“

„Also noch in dieser Woche?“

„Ganz recht. Uebermorgen.“

Karl Heinzluis' für gewöhnlich lebhaft gefärbtes Gesicht: ist auffallend bleich, als er die Tür öffnet und hinausruft:

„Hummelchen!“

Dräußen leichte Schritte — —

Woll brennenden Interesses hängen die Augen des kleinen Justizrates an der offenen Tür, zu der soeben ein schlantes, junges Geschöpf in kurzem, weißem Leinenrock und dunkler Männerjoppe atemlos hereinströmt, in der einen Hand ein kurzes Schießgewehr, in der andern einen großen schwarzen Raubvogel, den sie im Hing: heruntergeschossen hat.

Bei diesem unerwarteten Anblick tritt der Justizrat einen Schritt zurück. Er ist sich im ersten Moment noch nicht klar, ist das ein Mädchen oder ein Junge?

Karl Heinzluis aber nimmt Hummelchen beim Arm, geleitet sie zu dem kleinen gebrellten Herrn und sagt mit etwas humoristischer Alangfärbung in der Stimme:

„Gestatten Sie, Herr Justizrat, daß ich Ihnen un-

tere „wilde Hummel“ vorstelle. Oder vielmehr: Fräulein Liane Arevallo, die Millionenerbin?“

Einige Sekunden herrscht tiefes Schweigen in dem kleinen Raum.

In sprachlosem Erstaunen weiten sich die Augen des Mädchens, während der Justizrat sich erst nach und nach von seiner Verblüffung erholt, um eine tiefe weltwidrige Verbeugung vor der Millionenerbin zu machen.

Die wilde Hummel ist es, die das bekömmene Schweigen bricht. Von dem Pflegevater auf den Fremden blickend, fragt sie lachend:

„Was redest Du da, Karl? Was will der Mann von mir?“

„Er ist gekommen, um Dich nachhause zu holen.“

Ein kritischer Blick aus den großen Mädchenaugen streift das trodene, glattrasierte Juristengesicht.

„Nach — Hause?“

„Ja, Hummelchen. Was ich Dir wiederholt als Möglichkeit angedeutet habe, ist zur Wirklichkeit geworden. Dieser Herr hier ist der Bevollmächtigte Deines Großvaters —“

„Meines — Großvaters?“

„Des verstorbenen Herrn Eduard Winterstein, eines der reichsten Finanzmänner der deutschen Reichshauptstadt.“ läßt sich die Stimme des Justizrates mit offenkundiger Wichtigkeit vernehmen.

Die wilde Hummel, die sonst nie in Becklegenheit kommt, die ihren Mund stets auf dem rechten Fleck hat, steht wie angewurzelt, ohne ein Wort herauszubringen.

„Auch Ihre Eltern sind beide tot, mein Fräulein,“ fährt der Justizrat fort, seine trodene, knarige Stimme zu einem traurigen Ton zwingend. „Ihr Vater ging damals mit der „Afrikana“ unter, während Ihre Mut-



Gegen Schulrat Dr. Vie. Haller hier wurden wegen seiner Kritik am Kleinen Volksschulgesetz von der Lehrervereinigung scharfe Angriffe gerichtet. Wie die Ludw. Ztg. berichtet, hat Schulrat Dr. Haller wegen dieser Angriffe sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Großreuthaus, O. A. Weizheim, 19. April. (Kirchenraub.) In der hiesigen Kirche wurden ein weißes Chorhemd, eine neue silberne Taufkanne, ein großer und kleiner Abendmahlskelch, drei weiße Gebete für Kanzel, Altar und Taufstein u. a. gestohlen. Die Einbrecher stalteten auch dem Rathhaus einen Besuch ab, konnten aber den Kassenschrank nicht erbrechen.

Neckargartach, 19. April. (Hochentzündung.) Der Sohn des früheren hiesigen Gemeindepflegers Karl Pfau, der in Nordamerika lebt, stiftete der hiesigen Kirchengemeinde zur Beschaffung von Glocken 15 000 Mk. Vor einiger Zeit überjandte er Lebensmittel für bedürftige Familien im Wert von 3000 Mk.

— **Die Häutezufuhrlage** sind von der Reichsfleischstelle für die Zeit vom 19. April bis 16. Mai erheblich erhöht worden: für Rinder 142 Mk. (in der Zeit vom 15. März bis 18. April 90 Mk.), Kälber 284 Mk. (214,20), Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurzwolligen Fell 233 Mk. (138), Schafe mit bloßen 201 Mk. (121,80), Pferde usw. 92 Mk. (62,40).

— **Sinkende Preise.** An der Kölner Börse ist der Preis für Kaffee auf 12,70, Kakao 13,50 und Reis 7,80 Mk. das Pfund zurückgegangen. Schade, daß man davon noch nichts spürt, denn in den Läden kosten diese Waren noch mehr als das Doppelte.

— **Amerikanische Lebensmittelhilfe.** Wer Angehörige oder Freunde in Amerika besitzt, kann sich durch sie in einfacher Weise Lebensmittel beschaffen lassen. Man bittet die Verwandten, eine Lebensmittelanweisung (Food-Draft) zum Preis von 10 oder 50 Dollar bei einer amerikanischen Bank zu kaufen. Diese Anweisung berechtigt zum Bezug eines recht ansehnlichen Lebensmittelpakets aus dem Hamburger Lagerhaus der American Relief Administration, die ausnahmsweise einmal kein Schwindelunternehmen ist. Trifft die Anweisung aus Amerika ein, so hat sie der Empfänger auf der Rückseite zu unterschreiben und an die genannte Adresse in Hamburg I, Ferdinandstraße 53, zu übersenden, wo das weitere veranlaßt wird. — Es empfiehlt sich, den Freunden in Amerika ein bei der Rentalleistung für Wohltätigkeit in Württemberg erhältliches Merkblatt zu schicken, in dem der Zweck der Lebensmittelanweisungen erläutert wird.

Zusammenritt der evang. Landeskirchen-versammlung.

ep. Stuttgart, 19. April. Wie wir hören, wird die evang. Landeskirchenversammlung am 3. Mai wieder zusammenzutreten. Tagungsort diesmal nicht Bürgermuseum, sondern Ev. Vereinshaus, Furtbacherstr. 6. Verhandlungsgegenstände: Kirchenverfassung und Pfarrstellenbesetzungs-gesetz.

Stuttgart, 19. April. (Beamtenbeirat.) Beim Kultministerium hat sich der Beamtenbeirat nunmehr gebildet. Er besteht aus vier Abteilungen für höhere, mittlere und sonstige Kanzleibeamte und untere Beamte. Der Lehrerbeirat wird sich heute bilden. Er zerfällt in je eine Abteilung für die Lehrer der Volksschulen und Lehrerseminare, für die der gewerblichen Fortbildungs- und Fachschulen, für die der höheren Schulen und für die Lehrer an den Hochschulen. Beide Beiräte stiftenden Mitglieder in den Gesamtbeamtenbeirat.

Stuttgart, 19. April. (Auswanderung aus dem Staatsdienst.) Zu der Meldung des „Neuen Tagblatts“ über die Abwanderung zahlreicher Juristen aus dem Staats- in den Privatdienst, wird von zuständiger Seite erklärt, daß von 18 Kandidaten der letzten Referendareprüfung 11 sich dem Justizministerium, 3 anderen Zweigen der Staatsverwaltung zur Verfügung gestellt haben und 4 Rechtsanwälte geworden sind. Gegenüber der Behauptung, daß für eine Anzahl Untergerichtsstellen sich nicht genügend Bewerber meldeten, wird mitgeteilt, daß um jede der erledigten 27 Amtsrichterstellen sich 40 bis 50 Bewerber meldeten.

ter — wie Sie wohl bereits wissen — tot angeschwemmt wurde. Dies die Bilder Ihrer Eltern.“

„Ernst, mit einem selbst fragenden Ausdruck, rufen die großen schwarzen Mädchenaugen zuerst auf dem feinen blonden Frauenantlitz — dann auf dem dunklen Männergesicht.“

„Wenn meine Eltern tot sind — und mein Großvater auch — so gehöre ich jetzt erst recht Dir, Karl!“

„Wirst sie erregt, den Pflegevater umschlingend.“

Justizrat Mertens hustet.

„Ahm — doch nicht, mein gnädiges Fräulein. Sie besitzen nämlich noch eine Verwandte, der Ihr verstorbener Herr Großvater Sie gewissermaßen vermacht hat. Sie ist auch vom Gericht zu Ihrer Erziehung bestimmt worden.“

„Wieder richten sich Hummelchens Blicke von Karl zu dem fremden Manne und wieder auf Karl.“

„Sie sind reich, mein gnädiges Fräulein! Sehr reich!“ bemerkt der Justizrat, der sich etwas unbehaglich zu fühlen beginnt. „Ihr Herr Großvater hat Ihnen viele Millionen hinterlassen.“

„Das freut mich um Deinetwillen, Karl. Nun brauchst Du nicht mehr in der Erde nach Gold zu buddeln.“

„Wieder hustet der Advokat.“

„Ahm — ich verstehe Sie nicht recht, mein gnädiges Fräulein. Ich bin von Deutschland hierher gekommen — eine Reise von Wochen — um Sie bereits in den nächsten Tagen mit mir nach der Heimat zu nehmen.“

„Meine Heimat ist hier in Büffel-Goldfeld!“ unterbricht sie ihn erregt.

„Verzeihen Sie, nein. Ihre Heimat ist dort, wo Sie geboren wurden. Ihre Eltern die Frau Gräfin Stolbide von und zu Lüttinghausen erwartet Sie!“

Stuttgart, 19. April. (Vom Tage.) Aus dem Lageraum der Deutschen Automobilfabriken in der Adlerstraße wurden in der Nacht zum Samstag je 10 neue Autobeden und Schläuche gestohlen. — Der frühere Bauwerkmeister Karl Schmidt, Silberburgstraße 149, betreibt schon seit Jahren eine unsaubere Vermittlung von Darlehen und ist deswegen schon wiederholt schwer bestraft worden. Trotzdem betreibt er das schlimme Gewerbe fort, bei dem es hauptsächlich darauf abgesehen ist, Geldsuchenden um die recht bedeutenden Vermittlungsgebühren zu betrügen, die Darlehen sehen die Hereingefallenen meistens nicht. Schmidt hat auch in letzter Zeit wieder eine Reihe von Personen teils durch solche Betrügereien, teils durch schlimmsten Wucher schwer geschädigt. Er ist nun verhaftet worden. Vor derartigen Geldvermittlern wird ernstlich gewarnt.

Waiblingen, 19. April. (Was alles gestohlen wird.) Bei einem Einbruch im Pfarrhaus von Schwaitheim raubten die Diebe außer zwei Frauenkleidern und mehreren Wäschebüchsen auch zwei Talare samt einem kleinen Wagen.

Göppingen, 19. April. (Vom Stausenbrunn.) Die Firma Hägele in Geislingen steht auf Grund eines Vertrags mit der Stadt die Ausbeutung des Stausenbrunnens bis 1928 zu. Die Firma ist jetzt wegen schlechten Geschäftsganges von dem Vertrag zurückgetreten. Die Ausbeutung des Brunnens ist jetzt in die Hände der Stadt übergegangen.

Neckingen, 18. April. (Abgestürzt.) Am Samstag machten drei 18jährige hiesige Bürgerjöhne eine Wandwanderung Grüner Fein-Olga-Belsen, wobei der Sohn Gerhard des Fabrikanten Karl Braun tödlich abstürzte und der Sohn Fritz des Fabrikanten Fritz Müller einen schweren Schädelfraktur erlitt. Der Sohn des Stadtschultheißen, Helmut Carl kam mit dem Schrecken davon. Dieser rief die Dettinger Sanitätskolonne zu Hilfe.

Freudenstadt, 19. April. (Zug der Zeit.) Der Bezirkslehrerverein gibt bekannt, daß die Lehrer den Kantorendienst gekündigt haben. Es gibt auch keinen Leihengejang durch Schulkinder mehr.

Hall, 19. April. (Einbruch.) In der Nacht zum Samstag wurde in der militärischen Verpflegungsküche in Romberg eingebrochen. Hüte, sonstige Bekleidungsstücke und beßeres Schuhzeug im Wert von über 6000 Mk. wurden gestohlen. Auch der Kassenschrank wurde zu erbrechen versucht. Die Diebe müssen mit den Verhältnissen bekannt gewesen sein.

Spaichingen, 19. April. (Einbruchsdiebstahl.) Im Sägewerk von Michael Hauser in Hofen wurde ein 9 Meter langer, 15 Zm. breiter Treibriemen im Wert von 3000 Mark gestohlen.

Rom Oberland, 19. April. (Die Blüte.) Vier Wochen früher als im letzten Jahr geht die Blüte der Obstbäume auch bei uns oben vor sich. Die Frühobstbäume stehen in voller Frucht da, die Apfelsbäume in Aufblühen. Im großen ganzen haben wir ein gutes Jahr zu erhoffen, besonders die Birnen versprechen reichlichen Ertrag.

Ravensburg, 19. April. (Ein Gaunerstück.) In Ravensdorf traf ein Landjäger zwei Männer mit einer Kuh an. Auf Anruf lief ein Treiber davon, während der andere die Kuh nicht mehr halten konnte. Auch der Landjäger bemühte sich um das unruhig gewordene Tier und stellte sein Fahrrad weg. Jetzt verließ auch der andere Treiber seinen Raub und beide nahmen mit dem Fahrrad des Landjägers Reißaus.

Von der Enz, 19. April. (Viel Geschrei und wenig Woll.) Im vergangenen Herbst gab es einen Mordsspektakel gegen eine Anzahl städtischer Beamten, die mit dem Lebensmittel übel gehaust haben sollten. Auch der Oberbürgermeister Habermehl wurde von den radikalen Schreibern in den Standa einbezogen, worauf er zurücktrat. Die inzwischen abgeschlossene Untersuchung hat gar nichts ergeben. Das Landgericht hat 14 Angekludigte, darunter den Oberbürgermeister Habermehl und den Bürgermeister Streng, außer Verfolgung gesetzt. Den Schaden aber hat die Stadt.

Schwözingen, 19. April. Die Spargelmärkte nehmen heute ihren Anfang.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 19. April.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Grundschul- und die Aufhebung der Vorkulen.

Abg. Dr. Mumm (D.Nat.Vp.) befragt eine Anzahl Anträge seiner Partei, die u. a. den Religionsunterricht als ordentlichen Lehrgegenstand festlegen wollen. Dies entspreche den Forderungen der Verfassung. Ferner sollen die Rechte der Vorkullehrer gewahrt werden. Endlich soll der Privatunterricht möglichst unbeschränkt zugelassen und die Gründe des Gewissens dabei anerkannt werden.

Abg. Bruchhof (D.D.P.) bittet, die Anträge abzulehnen, da die Verfassung alles Mögliche bestimme.

Reichsminister Koch: Der Antrag der Rechten betreffend den Religionsunterricht ist durch die Verfassung erledigt. Die Rechte der Vorkullehrer sind nicht gefährdet. Der dritte Antrag ist überflüssig.

Abg. Dr. Kunkel (D.Vp.) spricht für die Anträge. Die Anträge der Rechten werden abgelehnt, das Gesetz in der zweiten Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Versorgung von Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung (Reichsverordnung) wird dem 7. Auschuß überwiesen.

Vokales.

— **Das württ. Landtagwahlgesetz** wird noch in dieser Woche dem Landtag zugehen. Es schließt sich in den Grundlinien dem Reichstagswahlgesetz an. Auf je 25 000 Einwohner soll ein Abgeordneter kommen, der Landtag würde demnach aus 101 Abgeordneten bestehen, die in 24 Wahlkreisen zu wählen sind. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen wird durch 101 geteilt, wodurch man die Wahlzahl erhält. Kandidaten, die die Wahlzahl erreichen, sind als gewählt zu betrachten. Ihr Stimmenüberschuß wird aus allen Wahlkreisen zusammengerechnet als sog. Stimmenrest. Von der Zahl der noch zu vergebenen Mandate wird die eine Hälfte den Bewerbern auf den Landeswahlvorschlägen zuerkannt, die andere Hälfte den Wahlkreisen und ihren Vorschlägen zugewiesen, die die höchsten Stimmenreste übrig behalten haben. Die Stimmzettel werden wieder von Amtswegen ausgegeben, allerdings sollen die Parteien einen angemessenen Teil der Kosten tragen.

— **Handwerkstammerversammlungen.** 29 Handwerkerlandverbände fordern in einem öffentlichen Aufruf, daß die Mitglieder der württ. Handwerkskammern sich einer Neuwahl unterziehen.

— **Die Hochwasserhäden.** Wie von der württ. Regierung auf eine diesbezügliche Anfrage mitgeteilt wurde, ist die Regierung mit Rücksicht auf die Geldlage des Staats nicht in der Lage, eine planmäßige Geldhilfe für die durch das Hochwasser an Weihnachten geschädigten Privatleute zu gewähren.

— **Das Silbergeld** wird im Deutschen Reich nur noch bis zum 1. Januar 1921 bei den Reichs- und Landesbanken zum gesetzlichen Wert in Zahlung genommen. Von da an gelten die Münzen nicht mehr als gesetzliche Zahlungsmittel.

— **Das Briefporto.** Der Reichsratsauschuß hat in geheimer Beratung, über die Vorschläge des Reichsvolksministeriums hinausgehend, das Porto für gewöhnliche Briefe auf 40 Pfennig (statt 30) erhöht. Doppelbriefe sollen 60 (statt 50), Postkarten 30 Pfg. (statt 20) kosten. Ob die Nationalversammlung diese ungeheuren Portosätze, die u. a. der Postkartenindustrie einen schweren Stoß versetzen würden, annimmt, erscheint zweifelhaft. Die neuen Postverordnungen sollen am 1. Mai in Kraft treten.

— **Getreideablieferung.** Die Frist für die Zahlung der Höchstprämie von 300 Mk. für die Tonne Brotgetreide ist bis zum 15. Mai verlängert worden.

— **Falsche Fünzigmarksteine.** Von den in letzter Zeit ausgegebenen grünen Reichsbanknoten zu 50 Mk. vom 24. Juni 1919 sind wieder neue Fälschungen angehalten worden. Die Vorderseite ist ungenau, besonders mangelhaft sind die vielen Stempel, Unterschriften und Nummern. Der Frauenkopf ist auffallend unrein. Der untere rechte Stern im Himmel fehlt. Die Rückseite ist unrein und fleckig. Die in das Papier eingewirkten Fasern sind bei den Fälschungen nur aufgedruckt und scheinen nicht durch, wenn man die Note gegen das Licht hält.

— **Der Druckpapierpreis** ist nach der „Mottenbg. Ztg.“ von 8,50 Mk. auf 7 Mark das Kilo erhöht worden.

— **Neuer Tarif.** Die Metallarbeiter erhalten vom 1. Mai an einen Lohnzuschlag von 1 Mk. bzw. 50 Pfg. für die jungen Arbeiter in der Stunde.

— **Das Reichsverjorgungsgesetz** für Kriegsbeschädigte usw. wird, wie wir hören, im Lauf dieser Woche von der Nationalversammlung verabschiedet werden können.

— **Keine Bewirtschaftung des Leders.** Auf eine Anfrage teilte das Reichswirtschaftsministerium mit, daß keine Absicht bestehe, die Zwangsbewirtschaftung von Häuten und Leder wieder einzuführen. Die Bundesstaaten können jedoch die Kommunalverbände anweisen, ihrerseits die Bewirtschaftung des Häutenfalls wieder aufzunehmen.

— **Ein Probeität aus einer Kriegsgesellschaft.** Gutspächter J. Schweiger in Salem berichtet in der „Konstanzer Zeitung“: Im August 1919 lieferte ich 60 Zentner Mehl zu 85 Mk. die 100 Kilo an die Getreideabgabengesellschaft Ueberlingen und erhielt die Zusicherung, daß mir 40 Proz. Mehlkosten zurückgeliefert werden. Nachdem ich im Lauf des Winters und Frühjahr einigemal darum gefragt hatte, weil ich die Mehlkosten bei der Futtermittel dringend brauchte, erhielt ich am 17. März 1920 von der Getreideabgabengesellschaft Ueberlingen die Mitteilung, daß nächster Tage eine Partie Mehl zu 140—170 Mk. die 100 Kilo eintreffen werde. Demnach kosten die Mehlkosten (der Abfall) den doppelten Preis vom Mehl. Ist es da ein Wunder, daß bei den Landwirten die Ablieferungsfreudigkeit verschwindet? Schweiger fragt, ob auch andere Mehllieferer, die die Rücklieferung von Mehlkosten beantragten, dieselbe Behandlung erfuhren, und bittet um Nachsicht nach Salem. Der Fall zeigt, wie wohl kein anderer, wie notwendig ein Zusammenschluß und eine feste Organisation der Landwirte ist.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat.

Wildbad, den 21. April 1920.

Sitzung des Gemeinderats vom 15. April 1920.
(Fortsetzung.) Die städtischen Beamten und Unterbeamten bitten in einer Eingabe an den Gemeinderat um eine durchgreifende Neuregelung ihrer Gehälter und Teuerungszulagen mit Rücksicht auf die fortschreitende große Teuerung der Lebenshaltung. Sie begründen die Unzulänglichkeit ihrer seitherigen Bezüge u. A. damit, daß sie nachweisbar bereits größere Teile ihres Vermögens zugefesselt hätten oder, sofern kein Vermögen da sei, Schulden machen mußten und daß ihnen der wirtschaftliche Ruin drohe, wenn nicht sofort Hilfe erfolge. Sie beantragen mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an ihre seitherigen Gehälter um 100 % zu erhöhen, die Teuerungszulagen für Verheiratete auf monatlich 350 Mk., für Ledige auf 200 Mk. und die Kinderzulage auf monatlich 50 Mk. festzusetzen. Die Kommission für Vorbereitung der Beschlüsse über Neuregelung der Gehälter spricht sich nach Prüfung der vorliegenden Verhältnisse für die Bewilligung der beantragten Gehaltserhöhungen, Teuerungszulagen und Kinderzulagen aus unter dem ausdrücklichen, ins Protokoll aufzunehmenden Vorbehalt, daß im Falle eines Rückgangs der Lebensmittelpreise und der Holzpreise ein Abbau der Teuerungszulagen und Kinderzulagen, nötigenfalls auch der Grundgehälter, erfolgen müsse. Nach eingehender Beratung, bei der auch verschiedene Bedenken geäußert wurden und der von der Kommission gemachte Vorbehalt allgemeine Billigung fand, wird unter diesem Vorbehalte beschlossen, 1. die durch Beschluß vom 6. Aug. 1919 festgesetzten pensionsberechtigten Gehälter der Unterbeamten, Beamten und des Stadtvorstands unter Befassung der in genanntem Beschlusse festgesetzten Gehaltsklassen, Dienstaltersstufen und Anstellungsbedingungen mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an um 100 %, also auf das Doppelte zu erhöhen, 2. den genannten mit Wirkung vom gleichen Zeitpunkt an eine Teuerungszulage und zwar den Verheirateten von monatl. 350 Mk., den Ledigen von monatlich 200 Mk. zu bewilligen und außerdem den verheirateten Beamten Kinderzulagen für jedes Kind unter 15 Jahren in Höhe von monatlich 50 Mk. Der Gehalt der verheirateten Hilfsbeamten Kappelmann, Hempel, Carl Maier und Stadttacifer Maier beim städt. Lebensmittelamt wird mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an auf 700 Mk. monatlich und der der ledigen Hilfsbeamten Jul. Krauß, Gust. Eisele und A. Rieginger auf je 600 Mk. monatl. erhöht, ebenso die Belohnung des Gasverwalters Gütler vom gleichen Zeitpunkt an von jährlich 1200 Mk. auf 2000 Mk. jährlich. Das Gesuch der staatlichen Holzhauer von Sprollenhäus und Nonnenmühl um Uebernahme ihrer Anteile an den Versicherungsbeiträgen zur Krankenkasse und zur Alters- und Invalidenversicherung wird abgelehnt, da für die Stadtgemeinde weder eine gesetzliche Verpflichtung, noch

ein sonstiger Anlaß zur Uebernahme dieser Beitragsanteile vorliegt. Würde die Stadt diese Versicherungsbeiträge übernehmen, so müßte sie folgerichtig für alle übrigen hies. Versicherten (Handwerksgehilfen, Bauarbeiter, Tagelöhner) die Versicherungsbeiträge auch übernehmen, was sie gar nicht leisten könnte. Die Belohnung der Lehrer an der Gewerbeschule wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 an für 1 Wochenstunde von jährlich 120 Mk. auf 250 Mk. jährlich erhöht. Der hiesigen Feuerwehrkapelle wird mit Wirkung vom 1. April 1920 an ein jährlicher Beitrag von 300 Mk. bewilligt. Den am 18. April d. J. ihre Goldene Hochzeit feiernden Wilhelm Treiber, Korbmachers Eheleuten wird aus diesem Anlaß ein Ehrengeschenk von 100 Mk. bewilligt, das ihnen mit dem Glückwunsch des Gemeinderats durch den Stadtvorstand übermittelt wird. Auf das wiederholte Gesuch des hies. Fußballvereins wird unter Abänderung des Beschlusses vom 23. März 1920 beschlossen, unter der Voraussetzung, daß der Spielplatz auf dem Lautenhof für immer beibehalten wird und daß der Fußballverein auf den in Aussicht genommenen Spielplatz beim Windhof endgültig verzichtet, die Umzäunung des Spielplatzes auf dem Lautenhof und die Verlegung und Herrichtung der dortigen Scheuer als Sporthütte nach dem Vorschlag des Stadtbaumeisters mit einem Aufwand von 14 700 Mk. auf Kosten der Stadtgemeinde ausführen zu lassen und das Stadtbauamt mit der alsbaldigen Vergebung der Arbeiten zu beauftragen. (Schluß folgt.)

— **Die Amtsblattfrage.** Im württ. Ministerium des Innern ist der Gesetzentwurf, der die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen regeln soll, fertiggestellt. Der Landtag wird sich demnächst mit der Vorlage beschäftigen, sodaß sie noch vor den Neuwahlen in Kraft treten kann.

— **20 Eier auf den Kopf.** Nach einer Mitteilung der Landesversorgungsstelle kann heuer nur mit einer Kopfmenge von 20 Eiern für das ganze Jahr gerechnet werden.

— **Die Fernspreckgebühren.** Der württ. Bund für Handel und Gewerbe und der Landesverband der Gewerbevereine Württembergs haben der Nationalversammlung folgenden telegraphischen Protest eingereicht: „Falls die Post, insbesondere die Fernspreckgebühren in dem beabsichtigten Maß erhöht werden, so ergibt sich für zahlreiche Handel- und Gewerbetreibende die glatte Unmöglichkeit, von den Verkehrseinrichtungen der Post in bisherigem Umfang Gebrauch zu machen. Wir bitten die Erhöhung auf ein erträgliches Maß zu beschränken.“ — Die Fernspreckgebühren sollen bekanntlich verdoppelt werden, außerdem wird ein besonderer Kapitalbeitrag von 1000 Mk. für jeden Hauptanschluß und von 200 Mk. für jeden Nebenschluß erhoben.

— **Der Zuckerpriß.** Der volkswirtschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung hat dem Vorschlag des

Landwirtschaftsministeriums zugestimmt, nach dem der Zuckerpriß im Verbrauch von 100.25 auf 135 Mark für den Zentner erhöht wird. Nach amtlicher Mitteilung kann mit einer Zunahme des Zuckerrübenbaus im laufenden Jahr um 15 bis 20 Prozent gerechnet werden.

Auch der Preis für verarbeiteten Zucker, Bonbons, Konfekt und dergl. wurde erhöht. Im Kleinhandel dürfen e nach Art der Ware Preise zwischen 17.20 und 30.40 Mk. für das Pfund genommen werden. Das gibt allerdings gesalzene Zuckerle.

Vermischtes.

Der „undentch.“ Bach. In London hat am Donnerstag ein nehrstägiges großes Bach-Fest begonnen. Selbst die „Daily Mail“ wagt nicht zu protestieren, verkündet aber in einem Leitartikel, das Wunderbare an Bachs Musik sei, daß sie so völlig undentisch sei!

Wieder ein Zusammenstoß. Ein Kraftwagenführer der feindlichen Ueberwachungskommission fuhr in München in scharfer Fahrt in eine Anzahl Leute hinein, die auf die Straßenbahn warteten. Einem Oberwachmeister wurde ein Fuß abgefahren. Der treue Fremdling bedrohte dann noch die Umstehenden mit dem Revolver, diese fürchten sich aber auf ihn, rissen ihm die Waffe aus der Hand und verabreichten ihm eine tüchtige Tracht Prügel.

Moderne Räuberromantik. Das „Amtsblatt“ des Diktators des Bogtandes, Hölz, der „Falkensteiner Anzeiger“, brachte kürzlich in auffälligem Druck eine „Bekanntmachung“ des „Genossen Hölz“ — die Bezeichnung „Herr Präsident“ hatte er sich ebenfalls vorbehalten — in der er allen unverheirateten und verheirateten Frauenpersonen mit schwerer Geldstrafe und Veröffentlichung ihrer Namen droht, wenn sie ihn weiter mit Liebesbriefen und mehr oder weniger deutlichen Werbungsbildern bedrängen. Herr Räuberhauptmann Hölz beruft sich darauf, daß er verheiratet sei.

Die Entstehung des Papiergelds. Nach einer alten, in der Bibliothek zu Heidelberg aufbewahrten Handschrift über die Eroberung Granadas vom Jahr 1487 berichtet Antonio Agapida, daß der Graf Tendilla bei der Belagerung der Festung Alhama im Jahre 1484 kein Geld mehr hatte, um seinen Kriegsknechten den Sold zu bezahlen, und diese deshalb zu murren begannen. Da schrieb der Graf gewisse Summen auf kleine Stücke Papier, setzte seinen Namen darunter und gab sie als Zahlung seinen Soldaten. Gleichzeitig erließ er an die Bevölkerung die Befehl, dies Papiergeld, für dessen Einlösung er mit seinem ritterlichen Worte hatte, unweigerlich als Zahlung anzunehmen; wer dies unterließ, sollte mit schwerer Todesstrafe belegt werden. Dieses Papiergeld kam bald in Umlauf und Agapida berichtet, daß der Graf „redlich und ehrlich“ sein Wort gehalten und das Papier nach und nach eingelöst habe. Da eine große Menge davon in den Handel gekommen war, so wurde dadurch die Idee von Kaufleuten unter sich ebenfalls verwertet, bis sie endlich auch die Staatsregierung annahm und in neuester Zeit eine solche Ueberchwemmung mit Papiergeld herbeigeführt wurde, wie sie sich Graf Tendilla, als er seine Soldaten mit den Uransängen der papiernen Kassenanweisungen beschiedigte, sicherlich nicht träumen ließ.

Mutmaßliches Wetter.

Bei nahezu unveränderter Luftdruckverteilung ist am Donnerstag und Freitag zeitweilig bedecktes, aber meist trockenes und mäßig warmes Wetter zu erwarten.

Geschäfts-Druckklachen in jeder gewünschten Ausführung

liefert pünktlich und preiswert

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Freiwill. Feuerwehr Wildbad.

Die Ausgabe der Uniform-
röcke usw. an die neuangeleiteten Kameraden findet nächsten
Donnerstag und Freitag,
je abends von 5—7 Uhr im Magazin

(Lebensmittelamt) statt.
Sämtliche noch ausstehende Ausrüstungs-Gegenstände von den der Feuerwehr nicht mehr angehörig Kameraden sind bis längstens Donnerstag, den 22. d. Mts. an den Magazinverwalter Lipps abzugeben. Das Commando.

Große Auswahl in
Holzwaren aller Art
Leiterwagen, Ersatzteile zu Leiterwägen, Treppenleitern für Haushalt u. Handwerker, Korbwaren, Gartenmöbel, Klappstühle, Wassertrockner usw. finden Sie bei
Robert Treiber.

Bestellungen auf Kinderwagen,
Sportwagen, Kinderstühle
nimmt entgegen

Wilhelm Treiber,

Korbmacher.

Neuester Katalog steht zur Verfügung.

Baugesch. Vorträge

6. Vortrag
Donnerstag, 22. April 1920
abends 8 Uhr
Hösl.

Pferdeknecht.

Ein tüchtiger Pferdeknecht kann sofort eintreten.
Kennbachbrauerei Wildbad.
Ordnentliches, fleißiges, nicht zu junges

Mädchen,

sowie, für einige Stunden vormittags, eine zuverlässige Monatsfrau für sofort gesucht.

Billa Erle,
(früher Villa Kiechle).

Herrschastliche
5 Zimmer-Wohnung

zum 1. Mai zu vermieten. Auskunft erteilt die Exped. ds. Blattes.

Solides, besseres

Fräulein
sucht Stelle als
Empfangsdame.
Zu erfragen in der Exped. ds. Blattes.

Einem guten eisernen

Koch-herd

hat abzugeben
Karl Rath, Villa Linder.

Frisch eingetroffen:

Zitronen, Feigen, Aepfel,

sowie prima

Sauerkraut,
eingemachte
rote Rüben, Bohnen u. Erbsen, Romano Chirigato.

Kaufe dauernd Hühner
zahlr. höchste Preise.
Dornbach, Adl.-Gäß 54
Regelbühlstraße, 58.

Muster von

Kamelhaar-Strichloden
reine Wolle (imprägniert) für **Damen- u. Herren-Mäntel;** ferner für **Sport-Anzüge** geeignet, sehr preiswert, sind eingetroffen und empfehle solche zur gefl. Ansicht.

Gustav Kuch, Damenschneider.

Wildbad.

Fahrnis-Versteigerung.

Am Donnerstag, den 23. April 1920, nachm. 2 Uhr werden in der Villa Johanna gegen Barzahlung versteigert:

3 Kisten, 5 Bettladen, 3 Bettröste, 2 Waschtische, 2 Komoden, 1 rotes Plüschsofa, 2 Nachttische, 1 spanische Wand, 1 Gartentisch, 1 Stuhl, 1 schöner ovaler Spiegel, 1 Bank, einige Fenster, 2 Stühle, 2 Matratzen (worunter 1 von Roßhaar), 2 Kissen, 1 Unterbett, eine kleine Partie Porzellan u. sonstige kleinere Gegenstände.

Möller'sche Beamenschule Oberndorf a. N.
Verwaltungs-, Verkehrs- und Handelsschule auch für Mädchen.

